
Vorwort

Der EU-Vertrag scheut ausdrückliche Verweise auf eine „Staatswerdung“ oder „Staatlichkeit“ der Europäischen Union wie der Teufel das Weihwasser. Die Formel, wonach der Vertrag eine „neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas“ (Art. 1 Abs. 2 EUV) darstelle, ist ein politischer Kompromiss. Die Formulierung steht für die Dynamik und Offenheit des europäischen Integrationsprozesses, die auf der einen Seite – so die Lesart der Skeptiker einer weiteren Vertiefung – eine staatliche „Finalität“ oder einen europäischen „Super-Staat“ ausschließen soll. Die Integrationisten und Föderalisten sehen auf der anderen Seite in der vagen Formulierung von der „ever closer union“ jedoch ein Versprechen, dass der bislang erreichte Stand der europäischen Einigung nur eine Etappe auf dem Weg in Richtung einer Politischen Union sei, eine „Staatswerdung“ der EU – eine Einigung im Kreis der „Herren der Verträge“ vorausgesetzt – also prinzipiell möglich wäre.

Mit dieser Ambivalenz ist die Europapolitik in den vergangenen Jahrzehnten ganz gut gefahren. Zu unterscheiden von der europapolitischen Debatte über die Vertiefung der Europäischen Union ist der wissenschaftliche Diskurs. Seit den Anfängen des Einigungsprozesses und verstärkt wieder im Zusammenhang mit dem Maastrichter Unionsvertrag wurde die Frage nach der „Staatswerdung Europas?“ (Wildenmann) breit und kontrovers diskutiert. Die „Post-Maastricht-Krise“ (Deppe/Felder) und das (vorläufige) Scheitern des Verfassungsvertrags im Frühsommer 2005 hatten jedoch schnell die Grenzen dieser Debatte aufgezeigt. Mit der 2008 einsetzenden europäischen Finanz- und Eurokrise stellte sich – noch ehe der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten war – sowohl der Wissenschaft wie auch der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern die Frage nach der Zukunft der EU und der Überlebenschance der Währungsunion jedoch wieder von Neuem.

Dies war für uns und die Autorinnen und Autoren dieses Bandes der Anlass, die Frage nach Stand und Perspektiven einer „Europäischen Staatlichkeit“, die sich,

so unsere These, im Zuge der Krise in den letzten Jahren herausgebildet hat, nochmals ganz neu zu stellen. Wir sprechen bewusst von „Europäischer Staatlichkeit“, wenn wir die Folgen der Krise für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten diskutieren, und nicht von „Staat“; damit wollen wir vorschnelle und falsche Analogieschlüsse zu nationalen Staatswerdungsprozessen vermeiden.

Da die Europawissenschaften ganz unterschiedliche Antworten auf die Frage, wie die Folgen der Finanz- und Eurokrise für das EU-Mehrebenensystem zu bewerten sind, gegeben haben, war es unser Ziel, Autorinnen und Autoren für diesen Band zu gewinnen, die von unterschiedlichen analytischen und normativen Prämissen ausgehen und jeweils andere Erklärungen für die komplexen Zusammenhänge von Krise, Integration und Staatlichkeit anbieten. Wir hoffen, dass ein pluraler und multidisziplinärer Zugang zum Thema die akademische wie öffentliche Debatte über die Chancen und Probleme einer sich im Zuge der Krise herauschälenden „Europäischen Staatlichkeit“ bereichern kann, zumal unterschiedliche Perspektiven auf die immer wiederkehrende Frage nach der Zukunft der EU zwingend sind.

Bedanken möchten wir uns ganz herzlich bei Lena Bersch, die uns beim Redigieren und Formatieren der Beiträge unterstützt hat und bei Sebastian Schöneck, der bei der Recherche geholfen hat. Ebenso danken wir Madeleine Hankele und Maximilian Clar, die die Endfassung der Beiträge ebenfalls Korrektur gelesen haben. Und schließlich wollen wir Rüdiger Voigt und Samuel Salzborn, den beiden Herausgebern der Reihe, in der dieser Band erscheinen kann, für die Einladung danken, sich mit der „Europäischen Staatlichkeit“ in Zeiten der Krise auseinanderzusetzen.

Tübingen, im März 2015

Hans-Jürgen Bieling und Martin Große Hüttmann

Europäische Staatlichkeit

Zwischen Krise und Integration

Bieling, H.-J.; Große Hüttmann, M. (Hrsg.)

2016, VIII, 279 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-03789-5